

Christian Cronos

Selbstbindungen der Verwaltung im Europäischen Gemeinschaftsrecht

Eine Analyse der Rechtsprechung von EuGH und EuG zur
ermessensbeschränkenden Wirkung von Gleichheitssatz und
Vertrauensschutzprinzip auf Gemeinschaftsebene vor
rechtsvergleichendem Hintergrund



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	10
Einleitung	13
1. Themenstellung	13
2. "Verwaltung" im Kontext des Europäischen Gemeinschaftsrechts	16
3. Möglichkeiten einer Selbstbindung europäischer Verwaltungstätigkeit	18
1. Kapitel: Die Grundlagen der Rechtsfigur im Gemeinschaftsrecht - unterschiedliche Konzepte der Mitgliedstaaten als Rechtsquelle	21
1. Deutschland	21
II. Frankreich	30
III. England	37
IV. Ergebnis	48
2. Kapitel: Die Rechtslage auf Gemeinschaftsebene.	51
1. Teil: Generelle Selbstbindungen im Europäischen Gemeinschaftsrecht - der gemeinschaftsrechtliche Gleichheitssatz und seine Auswirkungen auf die Entscheidungsfreiheit der Verwaltung	55
I. Das Gebot der Gleichbehandlung als grundlegendes Prinzip des Gemeinschaftsrechts	55
1. Die Struktur des allgemeinen Gleichheitssatzes	55
a) Grundlage und Stellung im Gemeinschaftsrecht	56
b) Die Gemeinschaftsorgane als Adressaten des allgemeinen Gleichheitssatzes	57
c) Die Gemeinschaftsbürger, -unternehmen und Mitgliedstaaten als Begünstigte des allgemeinen Gleichheitssatzes	58
2. Der Inhalt des allgemeinen Gleichheitssatzes	60
a) Die Vergleichbarkeit der Sachverhalte als Grundvoraussetzung	60
b) Die Möglichkeit der Rechtfertigung einer Differenzierung	62
c) Die potentielle Schwäche des Gleichheitssatzes im Ermessensbereich	63
II. Die spezifisch verwaltungsrechtliche Bedeutung des allgemeinen Gleichheitssatzes im Gemeinschaftsrecht	63

1. Eine Analyse der Rechtsprechung auf dem Gebiet des Dienstrechts	64
a) Selbstbindung bei Vorliegen "innerdienstlicher Richtlinien"	64
aa) Der Begriff der innerdienstlichen Richtlinie im Sinne der Louwage-Rechtsprechung	67
bb) Die an innerdienstliche Richtlinien geknüpften Bindungswirkungen	71
(1) Materielle Ermessensbefugnisse lenkende innerdienstliche Richtlinien	71
(2) Verfahrensweisen festlegende innerdienstliche Richtlinien	74
b) Selbstbindung bei Verfolgung einer nicht in internen Richtlinien fixierten Verwaltungspraxis	76
c) Allgemeine Grenzen einer Selbstbindung kraft Gleichheitssatzes	81
aa) Keine Selbstbindung durch rechtswidriges Verwaltungshandeln	81
bb) Keine Kollektivbindung	83
d) Zwischenergebnis	85
2. Eine Analyse der Rechtsprechung auf den Gebieten der gemeinschaftsexternen Verwaltung	86
a) Kartellrecht	87
b) Beihilfeaufsicht	92
c) Gemeinschaftseigene Subventionsgewährung	97
3. Zusammenfassung	100
2. Teil: Individuelle Selbstbindungen im Europäischen Gemeinschaftsrecht - der gemeinschaftsrechtliche Vertrauensschutzgrundsatz und seine Auswirkungen auf die Entscheidungsfreiheit der Verwaltung	102
I. Die rechtlichen Grundlagen individueller Selbstbindungen	102
1. Die vorrangige Bedeutung des Vertrauensschutzgrundsatzes	102
a) Die primär objektiv-rechtliche Dimension des Prinzips der Rechtssicherheit	103
b) Die untergeordnete Rolle des Grundsatzes des Schutzes wohlverworbener Rechte	104
c) Das Estoppel-Prinzip als primär völkerrechtlicher Grundsatz	106
2. Struktur und Inhalt des gemeinschaftsrechtlichen Vertrauensschutzgrundsatzes	108
a) Die Struktur des Vertrauensschutzgrundsatzes	108
aa) Grundlage und Stellung im Gemeinschaftsrecht	109
bb) Geltungsbereich	109
(1) Anwendbarkeit zugunsten von Gemeinschaftsbürgern und -unternehmen	110
(2) Anwendbarkeit zugunsten von Mitgliedstaaten	110
b) Der Inhalt des Vertrauensschutzgrundsatzes	111
bb) Subjektives Merkmal. Die Schutzwürdigkeit des Vertrauens	112

cc) Grenzen	114
c) Abgestufte Bindungsintensität	115
II. Das Ausmaß der ermessensbeschränkenden Wirkung des Vertrauensschutzgrundsatzes im Gemeinschaftsrecht	115
1. <i>"Ergänzung" der Selbstbindung kraft Gleichheitssatzes?</i>	116
a) Verwaltungspraxis gegenüber Dritten und Vertrauensschutz	118
b) Vertrauensschutz bei Konkretisierung der Handhabung administrativer Entscheidungsfreiräume durch "soft law"	124
c) Sonderproblem: Die Selbstbindung der Kommission in ihrer Funktion als "Hüterin der Verträge" im Rahmen des Art. 169 EGV	129
2. <i>Die eigenständige Bedeutung des Vertrauensschutzprinzips als ein die Verwaltung an ihr eigenes Verhalten bindender Rechtsgrundsatz</i>	131
a) Selbstbindung durch eine dem Betroffenen gegenüber zuvor geübte Verwaltungspraxis	131
b) Selbstbindungen durch konkrete Verwaltungserklärungen gegenüber Wirtschaftsteilnehmern oder Mitgliedstaaten	13
aa) Die Selbstbindung der Verwaltung durch Zusicherungen bzw. Zusagen	138
(1) Voraussetzungen einer rechtswirksamen Zusage als rechtsgebietsübergreifender atypischer Handlungsform	138
[a] Bestimmtheit der Verwaltungserklärung	140
[b] Formelle und materielle Rechtmäßigkeit der Verwaltungserklärung	144
(2) Negativattest und comfort letter als rechtsgebietsspezifische Ausprägungen einer Zusage	148
bb) Die Selbstbindung der Verwaltung durch Empfehlungen und Stellungnahmen	153
cc) Die Selbstbindung der Kommission durch Antworten auf Auskunftsverlangen der Mitgliedstaaten im Rahmen des E AGFL-Rechnungsabschlußverfahrens	157
3. <i>Zusammenfassung</i>	161
Resume	163
Literaturverzeichnis	169